

1 **Antrag Nr. | 1**

2

3

4

5 **Antragsteller:** Bezirksvorstand

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11

## 12 **Rechtsextremismus**

13

14 I.

15

16 Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist und  
17 bleibt ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer  
18 Politik. Seit 2001 wurden Projekte und Initiativen  
19 gegen Rechtsextremismus und Gewalt mit rund 20  
20 Mio. Euro jährlich gefördert. Mit den jüngsten  
21 Änderungen des Versammlungsgesetzes und des  
22 Strafgesetzbuches hat die rot-grüne Regierung den  
23 Aktionsradius von Rechtsextremisten wirksam  
24 eingeschränkt. Die gesteigerte Sensibilität für die  
25 Gefahren des Rechtsextremismus zeigt sich in  
26 engagierten Gegendemonstrationen gegen  
27 rechtsradikale Aufmärsche ebenso wie in einem  
28 erhöhten Verfolgungsdruck durch Polizei und Justiz.

29

30 Dass es dennoch keinen Grund zur Entwarnung gibt,  
31 belegt der neueste Verfassungsschutzbericht. Die  
32 Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem  
33 Hintergrund ist im Jahr 2004 von knapp 10.800 auf  
34 über 12.000 gestiegen, die Gewaltbereitschaft in der  
35 rechten Szene nimmt in besorgniserregendem Maße  
36 zu. Während die rechtsextremen Parteien DVU und  
37 Republikaner an Mitgliedern verlieren, kann die NPD  
38 mit ihrem ausgeprägt neonazistischen Programm  
39 einen Zuwachs verzeichnen. Die Zahl der Skinheads  
40 und gewaltbereiten Rechtsextremisten hat sich auf  
41 hohem Niveau stabilisiert (rund 10.000 Personen).

42

43 Wer die rechtsextremen Tendenzen lediglich als  
44 vorübergehende Protesthaltung, Jugendproblem  
45 oder Reaktion auf Arbeitslosigkeit begreift, wird den  
46 tieferen Wurzeln des Problems nicht gerecht. Die  
47 Rechtsextremen beziehen ihre Rückendeckung auch  
48 aus den in breiten Teilen der Bevölkerung  
49 vorhandenen Vorurteilen gegen Juden, Ausländer  
50 und Migranten. Ein politisches Klima, in dem  
51 nationalistische und fremdenfeindliche Auffassungen

**Antragskommission:**

Annahme

52 öffentlich geäußert (z.B. in der  
53 Einwanderungsdebatte) und Übergriffe gegen  
54 Migranten verharmlost werden, lenkt Wasser auf die  
55 Mühlen der Neonazis. Wer das Ende einer  
56 „selbstquälerischen Vergangenheitsbewältigung“ und  
57 einen Schlusstrich unter die Geschichte des Dritten  
58 Reiches fordert, arbeitet den Rechtsextremen in die  
59 Hände.

60

61 Rechtsextremistische Ideologien basieren auf der  
62 Selbstaufwertung der eigenen Gruppe - sei es Volk,  
63 Nation oder Rasse - und auf der Ab- und Entwertung  
64 Anderer. Die Anderen, das sind Juden, Migranten,  
65 Ausländer, Behinderte, Linke – alle, die von der  
66 Norm abweichen und die als Sündenbock für die  
67 eigenen Probleme herhalten müssen. Sie sind  
68 geprägt von der Sehnsucht nach  
69 Herrenmenschentum, nach Macht und nach  
70 Schwächeren, auf die man herabsehen und auf die  
71 man treten darf, im übertragenen wie im wörtlichen  
72 Sinn.

73

74 Vor eine neuen Herausforderung steht die  
75 Gesellschaft angesichts einer rechtsextremen,  
76 gewaltbereiten Jugendkultur, die sich über zwei  
77 Generationen von Heranwachsenden stabilisiert hat.  
78 In manchen Regionen und Milieus in Deutschlands  
79 ist Rechts zu sein, Vorurteile gegen Migranten und  
80 Fremde zu haben und auf die „deutsche Herkunft“  
81 stolz zu sein, zur dominierenden Kultur geworden.  
82 Viele Jugendliche können sich dem nicht mehr  
83 entziehen, ohne Ausgrenzung und  
84 Gewaltanwendung der Gleichaltrigen zu riskieren.  
85 Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat zu Recht  
86 auf die »Zonen der Angst« hingewiesen – Orte, an  
87 denen bestimmte Menschen ihrer körperlichen  
88 Unversehrtheit oder vor Belästigung und Beleidigung  
89 nicht sicher sein können. Der Grad der Verfestigung,  
90 Verhärtung und Ausweitung des rechten  
91 Gedankenguts, ist ein Teil der neuen Qualität.

92

93 II.

94

95 Für die SPD sind diese Entwicklungen Verpflichtung,  
96 die politische Auseinandersetzung mit  
97 Antisemitismus, Rassismus und  
98 Fremdenfeindlichkeit verstärkt zu führen. Der  
99 Rechtsextremismus stellt heute eine der größten  
100 Herausforderungen für die Demokratie in  
101 Deutschland dar. Er bedroht den demokratischen  
102 Rechtsstaat, mit seinem Gewaltpotential aber auch

103 ganz direkt die Würde und körperliche  
104 Unversehrtheit von sozialen Minderheiten. Die  
105 menschenverachtende Ideologie darf in unserer  
106 Gesellschaft nicht weiter an Boden gewinnen.  
107 Rechts wählen ist keine Protestforum, sondern  
108 Unterstützung für solche, die Anderen das Recht auf  
109 Menschenwürde nehmen und denen ein  
110 Menschenleben nichts bedeutet.

111  
112 Der Kampf gegen den Rechtsextremismus kann  
113 nicht allein mit polizeilichen und juristischen Mitteln  
114 geführt werden. Notwendig ist das entschiedene  
115 Engagement aller demokratischen Kräfte und die  
116 kontinuierliche Unterstützung antifaschistischer und  
117 antirassistischer Initiativen. Um der Ausweitung und  
118 Verfestigung des Rechtsextremismus  
119 entgegenzuwirken, bedarf es vielfältiger Maßnahmen  
120 auf allen Ebenen, die auf einer Verbindung von  
121 präventiven und repressiven Handlungsansätzen  
122 beruhen:

- 123
- 124 • Stärkung der Zivilgesellschaft und der
  - 125 Zivilcourage
  - 126 • Förderung der Integration von Migranten und
  - 127 Abbau von Diskriminierung in der Gesellschaft
  - 128 • Maßnahmen, die auf die Täter und ihr Umfeld
  - 129 zielen

130  
131 III.

### 132 133 **Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und** 134 **Diskriminierung**

135  
136 Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist ein zentraler  
137 Schwerpunkt für die Bekämpfung des  
138 Rechtsextremismus. Es ist wichtig, dass Menschen  
139 aktiv werden und für einen Abbau von  
140 Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in der  
141 Gesellschaft eintreten. Wir brauchen ein politisches  
142 Klima, das unmissverständlich klar macht:  
143 Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung  
144 werden nicht gewollt und sind nicht erlaubt. Das  
145 demokratische Zusammenleben in Deutschland  
146 braucht eine starke Zivilgesellschaft und mehr  
147 Zivilcourage.

- 148
- 149 • Hier setzen die Bundesprogramme an, die
  - 150 seit 2001 laufen und auf Unterstützung
  - 151 zivilgesellschaftlicher Initiativen vor Ort, auf
  - 152 die Beratung und Unterstützung von Opfern

153 sowie auf mobile Beratung gegen  
154 rechtsextreme Gewalt setzen.

155

156 • Für den gezielten Ausbau dieser  
157 jugendpolitischen, jugendkulturellen und  
158 zivilgesellschaftlichen Projekte muss eine  
159 langfristige, unbürokratische und möglichst  
160 flächendeckende Finanzierung sichergestellt  
161 werden. Hier sind Bund, Länder und  
162 Gemeinden gleichermaßen in der  
163 Verantwortung.

164

165 • Die verdienstvollen Initiativen, die in den  
166 letzten Jahren durch die laufenden  
167 Maßnahmen und Programme gegen  
168 Rechtsextremismus gefördert wurden,  
169 müssen vom Druck kurzatmiger  
170 Projektfinanzierung befreit werden. Nur durch  
171 eine verstetigte konkrete Praxis  
172 zivilgesellschaftlicher Initiativen vor Ort und  
173 die enge Kooperation mit den Institutionen der  
174 Jugend- und Sozialhilfe können gegenüber  
175 dem Problem des Rechtsextremismus die  
176 richtigen Signale gesetzt werden.

177

178 • Wir fordern dazu auf, die gesetzlichen  
179 Möglichkeiten zur Unterbindung von  
180 Diskriminierung wegen kultureller oder  
181 religiöser Zugehörigkeit, einer Behinderung,  
182 der sexuellen Orientierung, des Alters oder  
183 einer anderen Hautfarbe konsequent zu  
184 nutzen. Auch in den Betrieben gibt es durch  
185 das Betriebsverfassungsgesetz von 2001 ein  
186 ganzes Bündel von Maßnahmen zur  
187 verbesserten Integration von ausländischen  
188 Arbeitnehmern und gegen Rassismus und  
189 Fremdenfeindlichkeit am Arbeitsplatz.  
190 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen  
191 das Recht erhalten, ihre Mitwirkung an  
192 Produktion und Verbreitung rechtsextremer  
193 Propaganda zu verweigern.

194

195 • Wir fordern, die Förderung der Integration von  
196 Einwanderern und die Unterstützung  
197 interkultureller Projekte auf berechenbare und  
198 verlässliche Finanzierungsgrundlagen zu  
199 stellen. Wir brauchen eine positive  
200 Integrationspolitik, die Angebote für  
201 Einwanderer schafft und sie auf gleicher  
202 Augenhöhe willkommen heißt, sowie die  
203 Intensivierung interkultureller Bildungsarbeit.

204 Denn es fällt umso schwerer, Vorurteile  
205 aufrecht zu erhalten, je mehr man mit den  
206 Opfern seiner Vorurteile wirklich zu tun hat.  
207

208 • Politische Bildungsangebote gegen  
209 Rechtsextremismus müssen sich  
210 insbesondere an Schulen und ihr Umfeld  
211 richten, um vorhandene fremdenfeindliche  
212 Tendenzen im familiären und sozialen Umfeld  
213 der Schüler entgegenzuwirken. Die Angebote  
214 sollten sich insbesondere an diejenigen  
215 richten, die nicht zum engeren Kreis  
216 neonazistischer und rechtsextremer Gruppen  
217 und Milieus gehören. Zu den Aufgaben der  
218 politischen Bildung gehört auch die  
219 Auseinandersetzung mit der deutschen  
220 Geschichte, im Besonderen der des  
221 Nationalsozialismus. Entgegen der  
222 Behauptung, Kinder und Jugendliche würden  
223 mit diesen Themen überfrachtet, zeigen  
224 Befragungen immer wieder erschreckende  
225 Kenntnisdefizite bei Schülern und  
226 Auszubildenden auf.  
227

228 • Der Leugnung des Holocaust und die  
229 Verharmlosung der nationalsozialistischen  
230 Verbrechen muss entschieden entgegen  
231 getreten werden. Alle demokratischen Kräfte  
232 sind aufgefordert, sich rechtsextremen  
233 Aufmärschen und Demonstrationen entgegen  
234 zu stellen. Die Möglichkeiten des neuen  
235 Versammlungsrechtes müssen konsequent  
236 genutzt werden, um den Neonazis und  
237 Rechtsextremen keine Bühne für ihre  
238 Selbstinszenierung zu überlassen.  
239

240 • Die Unterstützung von Gedenkstätten-Arbeit  
241 und die Erinnerungsarbeit im Rahmen der  
242 politischen Bildung sind unerlässlich. Wir  
243 müssen eine „Kultur des Erinnerns“  
244 entwickeln für eine Zeit, wenn die letzten  
245 Augenzeugen des Holocaust gestorben sein  
246 werden.  
247

## 248 **Opferschutz und Opfersolidarität**

249

250 Entscheidend für die Frage, ob die Rechtsextremen  
251 eine Dominanz erringen können, ist das politische  
252 Klima vor Ort. Dort wird erlebbar, wer Solidarisierung  
253 erfährt - die Opfer oder die Täter! Es geht um eine

- 254 Umkehr der Perspektive – vom Täter und seinen  
255 Motiven hin zur Solidarisierung mit den Opfern.
- 256 • Um rechtsextreme „Freiräume“ und ein Klima  
257 der Angst zu bekämpfen, ist das konkrete,  
258 alltägliche Engagement von Bürgerinnen und  
259 Bürgern und deren aktive Unterstützung durch  
260 Politik, Verwaltung und Justiz unerlässlich.  
261 Deutliche Signale der Solidarität mit den  
262 Opfern und der Entsolidarisierung mit den  
263 Tätern und ihrer Tat verhindern, dass sich  
264 rechtsextremistische Gewalttäter als  
265 Vollstrecker des „Volkswillens“ fühlen können.  
266
  - 267 • Wir brauchen eine enge und vertrauensvolle  
268 Kooperation der Polizei mit von rechten  
269 Szenen bedrohte Personen und  
270 Personengruppen, um diese besser schützen  
271 zu können.  
272
  - 273 • Wir fordern die finanzielle und politische  
274 Unterstützung von Opferberatungsstellen, die  
275 sich Opfern rechtsextremer Gewalt annehmen  
276 und sie bei der Verarbeitung ihrer  
277 traumatischen Erlebnisse betreuen. Auch dies  
278 ist ein klares Zeichen für die Solidarisierung  
279 mit den Opfern.  
280
  - 281 • Die politische Öffentlichkeit muss alles  
282 unterlassen, was potentielle Opfer ausgrenzt  
283 und in den Augen des rechten Mobs zur  
284 leichten Beute macht. Leichtfertige  
285 Gleichsetzungen von Ausländern mit Dieben  
286 und Drogenkriminellen oder Parolen von der  
287 „Asylantenschwemme“ machen  
288 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zur  
289 geduldeten Alltagsnormalität, auf die sich  
290 Rechtsextreme berufen.  
291
  - 292 • Täterarbeit kann bei gewaltbereiten  
293 Jugendlichen, bei denen der rechtsextreme  
294 Hintergrund noch nicht verfestigt ist, sinnvoll  
295 sein, um eine Auseinandersetzung mit den  
296 eigenen Handlungen und eine Änderung der  
297 Einstellungen herbeizuführen. Diesbezügliche  
298 Projekte brauchen aber ein Höchstmaß an  
299 Professionalität und Kontinuität, um  
300 erfolgreich zu sein.  
301

## 302 **Prävention und Jugendarbeit**

303

304 Wer dem Rechtsextremismus den Boden entziehen  
305 will, muss auf die Stärkung des Selbstbewusstseins  
306 und der sozialen Fähigkeiten von Kindern und  
307 Jugendlichen setzen. Menschen, die ihre Fähigkeiten  
308 positiv erfahren, brauchen keinen Sündenbock, auf  
309 den sie herabblicken und auf dem sie herumtreten  
310 können. Hingegen verstärken Ohnmachtgefühle  
311 angesichts von Arbeitslosigkeit und ökonomischer  
312 Aussichtslosigkeit die Bereitschaft zu rechtsextremer  
313 Orientierung, auch wenn sich die „die“ Ursache des  
314 Rechtsextremismus sind.

315

- 316 • Kindergärten und Schulen müssen befähigt  
317 werden, familiäre Defizite und Konflikte  
318 auszugleichen und an der sozialen  
319 Befähigung von Kindern und Jugendlichen  
320 mitzuwirken. Der Ausbau der  
321 Ganztagsbetreuung im Vorschul- und  
322 Schulalter ist ein wichtiger Schritt in diese  
323 Richtung.  
324
- 325 • Präventionspolitik gegen Rechtsextremismus  
326 braucht ausgebildete Jugend- und  
327 Sozialarbeiter sowie Schulsozialarbeiter, die  
328 mit Schulverwaltung, Lehrern, Jugend- und  
329 Sozialämtern in enger Kooperation stehen.  
330 Professionelle Jugendarbeit darf nicht länger  
331 Stiefkind der kommunalen Aufgaben sein.  
332
- 333 • Kinder und Jugendliche brauchen in ihrem  
334 sozialen Umfeld attraktive Freizeitangebote, in  
335 denen rechtsextreme und fremdenfeindliche  
336 Parolen keinen Platz haben. Eine Stärkung  
337 demokratischer Jugendszenen ist  
338 insbesondere dort erforderlich, wo  
339 rechtsextrem orientierte Jugendszenen bereits  
340 vorherrschend sind oder es drohen zu  
341 werden. So können nicht-rechte Jugendliche  
342 angstfreie Räume nutzen und Mitläufer der  
343 rechten Szenen attraktive Alternativen  
344 geboten werden. Auch hier sind geschulte  
345 Jugend- und Sozialarbeiter unerlässlich.  
346
- 347 • Dort wo sich rechtsextreme Szenen verfestigt  
348 haben, muss eine demokratische  
349 Jugendarbeit Angebote für „ahnideologisierte“  
350 Jugendliche schaffen, sich mit Hilfe von  
351 Netzwerken der Jugend- und Sozialhilfe aus  
352 der rechten Szene zu lösen und ihr Leben neu  
353 zu organisieren. Diese Angebote müssen  
354 verbunden sein mit klaren, den

355 Rechtsextremismus abweisenden Regeln.  
356 Verbunden mit der positiven Erfahrung, selbst  
357 etwas wert zu sein und leisten zu können,  
358 kann demokratische Jugendarbeit dazu  
359 beitragen, die Attraktivität rechter Milieus zu  
360 brechen.

361  
362 • Jugendarbeit hat aber nur in dem Maße eine  
363 Perspektive, in dem sie den Jugendlichen und  
364 jungen Erwachsenen auch eine Chance auf  
365 soziale Integration in Aussicht stellen kann.  
366 Dazu bedarf eines Angebots an Jobs, auch  
367 solche im zweiten und dritten Arbeitsmarkt.  
368 Die durch Hartz IV eröffneten  
369 arbeitsmarktpolitische Instrumente für  
370 arbeitslose Jugendliche müssen umfassend  
371 genutzt werden.

## 372 **Wehrhafte Demokratie**

373  
374  
375 Gegen den harten Kern der gewaltbereiten  
376 Rechtsextremisten helfen keine Maßnahmen von  
377 Jugendarbeit und sozialer Integration. Hier muss  
378 eine wehrhafte Demokratie Flagge zeigen und mit  
379 der ganzen Härte des Gesetzes vorgehen.

- 380
- 381 • Der Aktionsradius von Rechtsextremisten  
382 muss durch konsequente Verfolgung von  
383 Straftaten und die effiziente Umsetzung von  
384 Verboten in möglichst engen Grenzen  
385 gehalten werden.
  - 386  
387 • Gewaltdelikt und Straftaten mit  
388 rechtsextremem und ausländerfeindlichem  
389 Hintergrund müssen zeitnah und am Ort des  
390 Geschehens geahndet werden, um klar zu  
391 stellen, dass sie keinerlei Duldung durch  
392 Polizei, Justiz oder die Gesellschaft erfahren.  
393 Milde Strafen werden als Schwäche und  
394 Ermutigung missverstanden.
  - 395  
396 • Der Entstehung und Verfestigung von  
397 „Angstzonen“ muss durch flexible und  
398 schnelle Präsenz von Sicherheitskräften an  
399 entstehenden oder entwickelten  
400 Brennpunkten rechtsextremer Gewalt oder  
401 Gewaltandrohung begegnet werden.
  - 402  
403 • Sinnvoll ist außerdem eine spezifische  
404 Ausbildung der Polizei im Umgang mit  
405 Rechtsextremisten, und die politische

406 Ermutigung zur Kooperation mit  
407 gesellschaftlichen Initiativen, Verwaltung und  
408 Jugendclubs.

409

410 • Die Diskussion um ein Verbot der NPD muss  
411 wieder aufgegriffen werden. Der Einzug der  
412 NPD in den sächsischen Landtag verschafft  
413 der NPD in bislang ungekanntem Umfang  
414 Zugriff auf Finanzmittel, Personal und  
415 Infrastruktur. Dies kann sich unsere  
416 Demokratie nicht bieten lassen.

417

418 • Debatten über allgemeine Einschränkungen  
419 von demokratischen Rechten im  
420 Zusammenhang mit der Bekämpfung des  
421 Rechtsextremismus gehen aber in die falsche  
422 Richtung. Wir brauchen stattdessen mehr  
423 demokratische Handlungsspielräume und  
424 mehr Menschen, die sich aktiv einmischen –  
425 nicht weniger.

426

427

428 **Weiterleitung an:**

429 Bundesparteitag

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

**Antrag Nr. 12**

**Antragskommission:**

Material an Bezirksvorstand

**Antragsteller: AfA-Bezirksvorstand Weser-Ems**

**Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

**Sportförderung.**

**Rückzahlung der Zuschüsse, die Sportler/innen ähnlich den Regelungen bei Bafög erhalten haben, wenn sie später Ihren Lebensunterhalt durch den Sport verdienen.**

**Begründung:**

Die Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass es eine einheitliche Regelung in den Bundesländern gibt, die ähnlich wie beim Bafög sicherstellt, dass die Zuschüsse und Zuwendungen zurückgezahlt werden. Zusätzlich haben sie sich an der Förderung des Breitensports/Leistungssports zu beteiligen.

Ein Beispiel ist der Sportler (Basketballspieler) Nowitzki, dessen freiwillige Rückzahlung und seine Fördergelder bekannt geworden sind.

**Weiterleitung an:**

1 **Antrag Nr. I 3**

2

3

4

5 **Antragsteller: AfA-Bezirksvorstand Weser-Ems**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11 Die SPD-geführten Bundes- und Landesregierungen  
12 werden aufgefordert, eine Regelung herbeizuführen,  
13 in der die Diäten / Aufwandsentschädigungen, die für  
14 Vollzeittätigkeiten als Mandatsträger ausgelegt sind,  
15 um die für die zeitlich zu deklarierenden Nebentätig-  
16 keiten von Abgeordneten gekürzt wird.

17 Wer Nebentätigkeiten ausübt, steht nicht in vollem  
18 Umfange als Mandatsträger dem Volke zur Verfü-  
19 gung.

20

21 **Weiterleitung an:**

**Antragskommission:**

Als Material an  
Landtagsfraktion  
Bundestagsfraktion

1 **Antrag Nr. | 4**

**Antragskommission:**

Annahme

2  
3  
4  
5 **Antragsteller: UB Oldenburg-Stadt**

6  
7  
8  
9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10  
11 **Metropolregion Bremen/Oldenburg stärken und zu**  
12 **einer Europäischen Region im Nordwesten**  
13 **Deutschlands weiterentwickeln!**

14  
15 Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems begrüßt die  
16 Entscheidung der Konferenz der Minister für Raum-  
17 ordnung des Bundes und der Länder, den Raum  
18 Bremen/Oldenburg als Metropolregion anzuerkennen  
19 und in den Orientierungsrahmen aufzunehmen.

20  
21 Die SPD Weser-Ems wird die Bestrebungen der betei-  
22 ligten Städte, Landkreise und Kommunen unterstüt-  
23 zen, zu einer europäischen Region zusammen zu  
24 wachsen und zum gemeinsamen Nutzen zusammen-  
25 zuarbeiten.

26  
27 Hierbei werden sowohl die inhaltlichen Projekte zur  
28 Zusammenarbeit unterstützt wie auch die Bemühun-  
29 gen, der Metropolregion – ohne Beschneidung der  
30 Eigenständigkeit der beteiligten Vertretungskörper-  
31 schaften – eine funktionierende Struktur zu geben.

32  
33 Die SPD Weser-Ems unterstützt alle Bestrebungen,  
34 die Metropolregion um die Bereiche Ostfriesland,  
35 Emsland, Grafschaft Bentheim und das Osnabrücker  
36 Land zu ergänzen, um dann eine europäische Region  
37 zu bilden, die auch auf diese Ebene eine bedeutende  
38 Funktion einnehmen kann.

39  
40 Die Bemühungen der beteiligten SPD-Gliederungen  
41 im Rahmen der Metropolregion Bremen/Oldenburg  
42 zur Koordinierung sozialdemokratischer Aktivitäten  
43 werden von Seiten des SPD-Bezirks Weser-Ems un-  
44 terstützt und gefördert.

45  
46 **Begründung:**

47  
48 Seit vielen Jahren gibt es das Bestreben zwischen  
49 Niedersachsen und dem Bundesland Bremen, die  
50 Zusammenarbeit zu entwickeln und zu intensivieren.  
51 Die Gemeinsame Landesplanung Bremen- Nieder-

52 sachsen ist als institutionalisierte Form dieser Zu-  
53 sammenarbeit seit 1963 Ausdruck dieses Versuches  
54 gewesen. Trotz zahlreicher Tagungen und Kongresse,  
55 trotz vielfältiger Veröffentlichungen und vieler Reden  
56 sowie trotz einer ganzen Menge an durchaus richtigen  
57 und schönen Projekten, die für die Region wichtig  
58 sind, ist allerdings vor dem Hintergrund der europäi-  
59 schen Entwicklung gerade jetzt mehr notwendig als  
60 das Bisherige. Es ist leider Fakt, dass sich die von der  
61 CDU/FDP-Landesregierung durchgesetzte Abschaf-  
62 fung der Bezirksregierungen dabei als ganz beson-  
63 ders schädlich und rückwärts gerichtet für die Region  
64 erweist. Die Bezirksregierungen, insbesondere die  
65 Bezirksregierung Weser-Ems, haben sich immer als  
66 Bündelungsinstanzen regionaler Interessen gezeigt.  
67 Das fehlt nun. Dies ist in der Nordwest-Region ein  
68 zentrales Problem.

69  
70 Die dafür eingesetzten Regierungsvertretungen erset-  
71 zen dies nicht hinreichend. Die Abschaffung der Be-  
72 zirksregierung Weser-Ems führt daher eher zu einem  
73 Auseinanderdriften der verschiedenen Gebiete als zu  
74 einem Zusammenwachsen und ist daher im Sinne der  
75 Zusammenarbeit eindeutig kontraproduktiv. Die Be-  
76 zirksregierung hatte entscheidenden Anteil daran,  
77 dass es eine Reihe von Punkten gibt, die gemeinsam  
78 entwickelt worden sind. Das betrifft z. B. die Fragen  
79 JadeWeserPort und Küstenautobahn, die eine ent-  
80 scheidende Bedeutung für die Region haben. Auch an  
81 diesen Projekten hat die Bezirksregierung Weser-Ems  
82 einen entscheidenden Anteil gehabt.

83  
84 Auch die Entwicklung des Verkehrsverbundes Bre-  
85 men-Niedersachsen wäre hier zu nennen. Es hat Jah-  
86 re gedauert, die verschiedenen Landkreise und betei-  
87 ligten Kommunen zu einem gemeinsamen Vorgehen  
88 in dieser Frage zu bewegen. Dies ist aber gelungen.  
89 Der Verkehrsverbund ist eine Erfolgsstory. Doch die  
90 Entwicklung eines gut funktionierenden S-Bahn-  
91 Systems in der Region steht nach wie vor auf der Ta-  
92 gesordnung. Hierbei darf nicht länger gezögert wer-  
93 den. Die Bereitstellung entsprechenden Zugmaterials,  
94 der Ausbau der Strecken und der Neubau von Halte-  
95 punkten müssen massiv vorangetrieben werden. Die  
96 Niedersächsische Landesregierung ist gefordert, ihren  
97 Anteil daran zu realisieren. Eine Metropolregion Bre-  
98 men/Oldenburg hat hier die zentrale Aufgabe, diesen  
99 Prozess voranzutreiben, um die Infrastruktur auf der  
100 Schiene in diesem Sektor zu stärken.

101

102 Genauso wichtig ist natürlich auch die Zusammenar-  
103 beit im wissenschaftlichen Sektor. Hierfür hat die so-  
104 zialdemokratisch geführte Landesregierung in den  
105 90er-Jahren die Basis gelegt, z. B. mit der Gründung  
106 des Hanse-Wissenschaftskollegs in Delmenhorst.  
107 Auch die sich immer besser entwickelnde Kooperation  
108 zwischen der Carl-von-Ossietzky-Universität in Ol-  
109 denburg und der Universität Bremen ist ein weiterer  
110 Ausdruck dieser Zusammenarbeit.

111  
112 Aber trotz vieler Erfolge ist die Entwicklung einer ge-  
113 meinsamen Regionalstrategie im Nordwesten gerade  
114 jetzt verstärkt notwendig. Globalisierung und europäi-  
115 scher Binnenmarkt sowie die erweiterte Europäische  
116 Union fordern nun einmal logischerweise eine engere  
117 Kooperation in größeren regionalen Einheiten. Daher  
118 ist der Austausch in vielen Bereichen - im wissen-  
119 schaftlichen, im sozialen, im kulturellen und im wirt-  
120 schaftlichen Bereich - zu verdichten. Daher müssen  
121 die politischen, die wirtschaftlichen und die gesell-  
122 schaftlichen Akteure das gemeinsame Handeln im  
123 Interesse der Region zu ihrer verbindlichen Richt-  
124 schnur machen.

125  
126 Natürlich hat es in den letzten Jahren im Nordwesten  
127 auf den verschiedenen Ebenen bereits eine größere  
128 Anzahl kontinuierlich tätiger Abstimmungsorgane ge-  
129 geben. Das ist vor allem auch die Regionale Arbeits-  
130 gemeinschaft Bremen-Niedersachsen. Man kann die  
131 Regionale Innovationsstrategie, die RIS, erwähnen,  
132 auch den Kommunalverbund Niedersachsen-Bremen  
133 und natürlich den Verkehrsverbund Bremen-  
134 Niedersachsen. Es hat bis heute jedoch an einem ü-  
135 bergreifenden Zusammenhang gefehlt, der die Nord-  
136 westregion als Ganzes betont und damit eine identi-  
137 tätsstiftende Plattform wäre. Um dies voranzubringen,  
138 hat es durchaus zahlreiche weitere Initiativen gege-  
139 ben.

140  
141 Ende April 2005 hat die Konferenz der Minister für  
142 Raumordnung der Bundesländer und des Bundes ge-  
143 tagt. Sie hat seit 1995 sieben europäische Metropol-  
144 regionen in Deutschland benannt. Dies sind Hamburg,  
145 Berlin/Brandenburg, Rhein/Ruhr, Frankfurt, Stuttgart,  
146 München sowie das als potentielle Metropolregion  
147 aufgenommene Sachsendreieck Leip-  
148 zig/Dresden/Chemnitz. Dieser Orientierungsrahmen  
149 ist auf der Konferenz erweitert worden. In Nord-  
150 deutschland sind die Metropolregion Hanno-  
151 ver/Braunschweig/Göttingen und die Metropolregion  
152 Bremen/Oldenburg hinzugekommen.

153 Ziel ist es, eine bessere Positionierung in der Förder-  
154 kulisse in der Europäischen Union anzustreben und  
155 insgesamt gesehen eine Einbindung der Region in  
156 das Netz der nationalen europäischen Raumentwick-  
157 lung zu realisieren. Außerdem ist es angestrebt, die  
158 anderen Strukturen, die es derzeit schon gibt und die  
159 im Rahmen der Zusammenarbeit entwickelt worden  
160 sind, zu koordinieren und zu bündeln.

161  
162 Die Metropolregion bezieht sich in der ersten Phase  
163 zunächst auf den Kernraum der Regionalen Arbeits-  
164 gemeinschaft und angrenzende Bereiche. Das sind  
165 die Städte Bremen und Oldenburg, zusammen mit  
166 Bremerhaven, Delmenhorst, Wilhelmshaven; das sind  
167 die Landkreise Ammerland, Cloppenburg, Cuxhaven,  
168 Diepholz, Friesland, Oldenburg, Osterholz, Vechta,  
169 Verden und Wesermarsch.

170  
171 Diese Metropolregion wird in den gesamten Nordwes-  
172 ten ausstrahlen. Damit sind die Chance und die Mög-  
173 lichkeit für Ostfriesland, für das Emsland, für die Graf-  
174 schaft Bentheim und die Region Osnabrück, gegeben,  
175 an diesem gemeinsamen Prozess sehr schnell teilzu-  
176 nehmen und gemeinsam mit der Metropolregion Bre-  
177 men/Oldenburg eine Region mit Zukunft in Europa  
178 darzustellen. Dann wird es auch möglich sein, in noch  
179 immer infrastrukturschwachen Regionen wie z. B. der  
180 Wesermarsch zu investieren, Maßnahmen zur Förde-  
181 rung zu ergreifen, die von der jetzigen CDU/FDP-  
182 Landesregierung nicht in dem hinreichenden Maße  
183 unterstützt werden, wie es notwendig wäre.

184  
185 Es ist positiv, dass das Land Niedersachsen genauso  
186 wie das Land Bremen den Antrag auf Anerkennung  
187 einer Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwes-  
188 ten in der Ministerkonferenz unterstützt hat. Es ist ein  
189 Schritt nach vorne, dass diese Konferenz der Minister  
190 für Raumordnung diesen Beschluss gefasst und Bre-  
191 men/Oldenburg als Metropolregion anerkannt hat.

192  
193 Es muss allerdings auch geklärt werden, wie die Met-  
194ropolregion vernünftige und flexible Organisations-  
195strukturen erhält. Es bestehen bereits jetzt effektive  
196Arbeitsstrukturen für die Metropolregion in Form der  
197Regionalen Arbeitsgemeinschaft. Wie das in Zukunft  
198konkret laufen soll, auch unter Hinzuziehung von Er-  
199fahrungen aus anderen Metropolregionen, wird zu  
200entscheiden sein.

201  
202 Eine Diskussion über ein so genanntes Metropolpar-  
203lament ist dabei derzeit kontraproduktiv. Es geht zu-

204 nächst darum, die inhaltliche Arbeit zwischen allen  
205 Beteiligten über gemeinsame Projekte voranzutreiben.  
206 Parallel dazu müssen auf der Basis der Regionalen  
207 Arbeitsgemeinschaft (RAG) Strukturen für die Metro-  
208 polregion geschaffen werden, die allen Beteiligten  
209 eine Identifikation, einen entsprechenden freien Hand-  
210 lungsspielraum aber auch das Fundament gemein-  
211 samen Handelns ermöglicht. Funktionierende Regio-  
212 nen in Europa, die sich erfolgreich vermarkten, zeich-  
213 nen sich dadurch aus, dass sie nicht von Parlamenten  
214 und Verwaltungsgrenzen bestimmt werden, sondern  
215 in den Köpfen der Menschen wirksam werden. Nur  
216 wenn wir uns gemeinsam aufstellen, profitieren wir  
217 von Synergieeffekten, können stark auftreten und uns  
218 weiterentwickeln, was allen zugute kommt.

219

220 **Weiterleitung an:**

221 Landtagsfraktion

222 SPE-Fraktion

1 **Antrag Nr. | 5**

2

3

4

5 **Antragsteller: Jusos Bezirk Weser-Ems**

6

7

8

9 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10

11 **Sportförderung**

12

13 Die CDU/FDP-Landesregierung wird dringlichst  
14 dazu aufgefordert, keine weiteren Kürzungen in der  
15 Sportförderung durchzuführen und die Förderung im  
16 nächsten Jahr wieder auf einen ausreichenden  
17 Stand zu bringen.

18

19

20 **Begründung:**

21

22 Der Sport ist in Niedersachsen stark durch die  
23 Kürzungen der CDU/FDP-Landesregierung  
24 getroffen worden. Im Jahr 2003 wurden die  
25 Fördermittel um zehn Prozent durch die  
26 Landesregierung gekürzt. Von der CDU wurde  
27 zugesichert, dass es bis 2007 keine weiteren  
28 Einschnitte geben würde. In 2004 wurden die  
29 Fördermittel jedoch nochmals um knapp zehn  
30 Prozent gekürzt. Niedersachsen ist damit  
31 Schlusslicht in der bundesweiten Förderung. Dies  
32 traf den Sport, also den Landenssportbund  
33 Niedersachsen, sehr stark und damit gerade auch  
34 die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort.

35 Der Sport nimmt eine große Rolle in der Prävention  
36 und der Integration ein. Dies ist vor allem in den  
37 Großstädten und in strukturschwachen ländlichen  
38 Räumen von immenser Bedeutung. Die CDU muss  
39 dies endlich anerkennen und ihrer sozialen  
40 Verantwortung nachkommen. Eine aktive Arbeit mit  
41 den Kindern und Jugendlichen im Sportbereich  
42 muss gesichert werden, sie kann nicht durch „zivile  
43 Streifen“ ersetzt werden. Ex muss endlich Wort  
44 gehalten werden.

45

46 **Weiterleitung an:**

47 Landtagsfraktion

**Antragskommission:**

Annahme